



Pressemitteilung

Berlin/Bonn, 12. April 2013
PM 08/2013

Pressekonferenz

anlässlich der

**18. Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK)
am Freitag, 12. April 2013**

unter Leitung der GWK-Vorsitzenden,
Doris Ahnen,
Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung
und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz
und der stellvertretenden GWK-Vorsitzenden,
Prof. Dr. Johanna Wanka,
Bundesministerin für Bildung und Forschung.

- **Fortschreibung des Hochschulpaktes 2020**

Studieninteressierte und Hochschulen können verlässlich planen: Bund und Länder wollen die Studienangebote an deutschen Hochschulen ausbauen und damit die Konsequenzen aus der steigenden Studiennachfrage ziehen. Das ist das zentrale Ergebnis der heutigen Beratungen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK).

Die Bundesregierung beabsichtigt, in den Jahren 2011 bis 2015 ihre Mittel für den Hochschulpakt 2020 um 2,2 Milliarden Euro auf über 7 Milliarden Euro zu erhöhen. Die Länder werden vergleichbare zusätzliche finanzielle Leistungen erbringen und die Gesamtfinanzierung sicherstellen (vgl. PM 06/13).

- **Bund-Länder-Vereinbarung „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“:**

Die Lehrerbildung hat für die Länder und den Bund hohe Priorität: Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat daher heute die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ beschlossen. Der Bund wird die Länder und Hochschulen ab 2014 über einen Zeitraum von zehn Jahren mit bis zu 500 Millionen Euro dabei unterstützen, innovative Konzepte für das Lehramtsstudium in Deutschland zu entwickeln und dessen Qualität noch weiter zu verbessern. Insbesondere der Wechsel von einem Bundesland in ein anderes wird für Studierende und Absolventen eines Lehramts künftig nachhaltig verbessert. Der Bund hatte dies zur Bedingung für seine Finanzierungszusage gemacht. Die Länder haben daraufhin in der Kultusministerkonferenz „gemeinsame Umsetzungsrichtlinien zur Verbesserung der Mobilität“ beschlossen, die nun durch den GWK-Beschluss mit entsprechenden Regelungen in die Bund-Länder-Vereinbarung über das gemeinsame Programm „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ vereinbart werden (vgl. PM 05/13).

- **Finanzierung der Universitätsmedizin**

Die Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern sehen dringenden Handlungsbedarf für die Finanzierung der Hochschulmedizin, um den Zusatzbelastungen, die sich aus den von den Universitätsklinika wahrgenommenen besonderen Aufgaben ergeben, Rechnung zu tragen.

Sie erachten die Einführung eines Systemzuschlags für die universitäre Medizin als ein hierfür prinzipiell geeignetes Mittel (vgl. PM 07/13).